

# Kompliziertes Verfahren

## Für Liegenschaftsanforderung der US-Armee bei Illesheim

**BAD WINDSHEIM (bb) - Positive Reaktionen gibt es auf die Pläne der US-Armee, nordöstlich der Kaserne Illesheim eine Siedlung mit 80 Reihenhäusern zu bauen. Bad Windsheims Bürgermeister Ralf Ledertheil fürchtet keinen Einfluss auf den Wohnungsmarkt in der Stadt, er hätte die Siedlung sogar gern auf Stadtgebiet.**

Aber auch den Standort Illesheim sieht Ledertheil positiv: „Wir haben auch was davon.“ Die Stadtwerke sind am Heizkraftwerk Illesheim beteiligt, das soll die neue Siedlung in unmittelbarer Nachbarschaft nach Aussage Ledertheils beliefern.

Landrat Walter Schneider will vor Ablauf des Anhörungsverfahrens noch nicht viel sagen. Im Prinzip sei es positiv, wenn investiert wird. Christian Schmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverteidigungsministerium, würde das Projekt begrüßen. Er erwarte aber, „dass der private Wohnungsmarkt weiter in Anspruch genommen wird“.

Noch ist das Verfahren in einem frühen Stadium (wir berichteten). Die US-Streitkräfte haben bei der Wehrbereichsverwaltung in Köln Anfrage für die Fläche von rund 5,8 Hektar gestellt, auf der sie 80 Reihenhäuser für Soldaten mit Familie bauen wollen. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) bearbeitet diese Liegenschaftsanforderung.

Das Landbeschaffungsgesetz (LBG) schreibt vor, dass für die Liegen-

schaftsanforderung die Landesregierung zu hören ist. Die wiederum führt eine Anhörung der betroffenen Gemeinden durch „unter angemessener Berücksichtigung der Erfordernisse der Raumordnung, insbesondere der landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen, sowie der Belange des Städtebaus und des Naturschutzes und der Landschaftspflege“, heißt es von der Regierung in Ansbach.

Die Wehrbereichsverwaltung Süd, Außenstelle München, hat im Rahmen der notwendigen Anhörung um Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung gebeten. Diese wiederum hat über das Bayerische Wirtschaftsministerium die Regierung von Mittelfranken als höhere Landesplanungsbehörde gebeten, zur Vorbereitung ihrer Stellungnahme gegenüber der Wehrbereichsverwaltung Süd unter anderem die betroffenen Gemeinden anzuhören.

### Sechs Kommunen beteiligt

Daraufhin hat die Regierung im November die Gemeinden Illesheim, Oberdachstetten, Oberzenn, Marktbergel, Burgbernheim und Bad Windsheim sowie das Landratsamt und das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ansbach gebeten, soweit deren Belange betroffen sind, bis 9. Dezember Stellung zu nehmen. Zudem geben die betroffenen Fachstellen bei der Regierung, wie Straßenbau, Naturschutz und Städtebau, Stellungnahmen ab.